Stand: 15.11.2025 16:21:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3824

"Landesweite Abfrage des Vorhandenseins von Seniorenvertretungen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/3824 vom 30.10.2014
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5087 des SO vom 04.12.2014
- 3. Beschluss des Plenums 17/5269 vom 11.02.2015
- 4. Plenarprotokoll Nr. 37 vom 11.02.2015



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

30.10.2014 Drucksache 17/3824

Antrag

der Abgeordneten Oliver Jörg, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Thomas Goppel, Eric Beißwenger, Michael Brückner, Judith Gerlach, Petra Guttenberger, Hans Herold, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Dr. Otto Hünnerkopf, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Martin Neumeyer, Dr. Hans Reichhart, Hans Ritt, Heinrich Rudrof, Manuel Westphal, Peter Winter, Helmut Radlmeier, Bernhard Seidenath, Steffen Vogel, Josef Zellmeier CSU

Landesweite Abfrage des Vorhandenseins von Seniorenvertretungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen einer landesweiten Abfrage das Vorhandensein von Seniorenbeiräten, Seniorenbeauftragten und Seniorenvertretungen von Städten, Gemeinden und Landkreisen in ganz Bayern zu ermitteln und dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hierüber zu berichten.

Begründung:

Seniorenvertretungen arbeiten im vorparlamentarischen Raum als Bindeglied zwischen Politik, Verwaltung und älteren Menschen auf kommunaler Ebene sowie auf der Landes- und Bundesebene. Sie ermöglichen und sichern vor diesem Hintergrund die Teilhabe älterer Menschen am politischen Geschehen. Sie stellen daher eine besonders wichtige Form des bürgerschaftlichen Engagements dar.

Es existieren jedoch keine aktuellen gebündelten Informationen darüber, in welchen Städten, Gemeinden und Landkreisen bisher Möglichkeiten der Seniorenvertretung verwirklicht wurden. Das bayernweite Angebot sollte an einer zentralen Stelle für die Menschen und sowohl für staatliche als auch nichtstaatliche Organisationen zugänglich sein. Durch eine landesweite Abfrage wird außerdem das Bewusstsein der Städte, Gemeinden und Landkreise für die Relevanz der Thematik gestärkt und dort indirekt die Neugründung von Seniorenvertretungen begünstigt und unterstützt.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

04.12.2014 Drucksache 17/5087

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Drs. 17/3824

Landesweite Abfrage des Vorhandenseins von Seniorenvertretungen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: Kerstin Schreyer-Stäblein

Mitberichterstatterin: Eva Gottstein

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 25. Sitzung am 4. Dezember 2014 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Joachim Unterländer Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

11.02.2015 Drucksache 17/5269

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Thomas Goppel, Eric Beißwenger, Michael Brückner, Judith Gerlach, Petra Guttenberger, Hans Herold, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Dr. Otto Hünnerkopf, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Martin Neumeyer, Dr. Hans Reichhart, Hans Ritt, Heinrich Rudrof, Manuel Westphal, Peter Winter, Helmut Radlmeier, Bernhard Seidenath, Steffen Vogel, Josef Zellmeier CSU

Drs. 17/3824, 17/5087

Landesweite Abfrage des Vorhandenseins von Seniorenvertretungen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen einer landesweiten Abfrage das Vorhandensein von Seniorenbeiräten, Seniorenbeauftragten und Seniorenvertretungen von Städten, Gemeinden und Landkreisen in ganz Bayern zu ermitteln und dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hierüber zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 4)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den Verfassungsstreitigkeiten und den Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 4)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 10)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

 Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 31. Juli 2014 1 BvR 1782/09, 1 BvR 2795/09, 1 BvR 3187/10 betreffend Verfassungsbeschwerden gegen

Art. 33 Abs. 2 Satz 2 und 3 sowie Art. 38 Abs. 3 des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (BayPAG) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes vom 3. Juli 2008 (Bay. GVBI S. 365) gegen

- § 22a des Polizeigesetzes (PolG) des Landes Baden-Württemberg, eingeführt durch Gesetz vom 18. November 2008 (GBI. BW S. 390) gegen
- § 14a des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBI. I S. 14), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBI. I S. 635),
- § 22 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBI. I S. 14), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBI. I S. 635) PII/G-1320.10-0008

Drs. 17/5155 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. November 2014 (VF. 14-VII-14) betreffend

Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 82 Abs. 1 bis 5 und des Art. 83 Abs. 1 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBI S. 588, BayRS 2132-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 17. November 2014 (GVBI S. 478) PII/G-1310.14-0012

Drs. 17/5156 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	Α

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. Dezember 2014 (Vf. 16-VII-14) betreffend

Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 "An der Münchner Straße"der Gemeinde Gmund am Tegernsee vom 20. Mai 2014

P II/G1310.14-0014 Drs. 17/5157 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. Dezember 2014 (Vf. 17-VII-14) betreffend

Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 30 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sowie des weiteren wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen (Bayerisches Hochschulpersonalgesetz – BayHSchPG) vom 23. Mai 2006 (GVBI S. 230, BayRS 2030-1-2-K), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 60 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBI S. 286), soweit diese Vorschrift auf Art. 27 Abs. 1 Satz Nr. 2 BayHSchPG verweist

P II/G1310.14-0015 Drs. 17/5159 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ökolandbau an bayerischen Justizvollzugsanstalten Drs. 17/3205, 17/5091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ermittlungsverfahren gegen LKA-Beamte und BR-Reporter Drs. 17/3208, 17/5092 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Konkretisierung der Planungen für einen Wissenschaftsund Hochschulstandort "Auf AEG" Drs. 17/3592, 17/4984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Landesweite Abfrage des Vorhandenseins von Seniorenvertretungen Drs. 17/3824, 17/5087 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berglandschaft – Schutz durch Nutzung: Investitionsförderung mit
Berücksichtigung naturräumlicher Benachteiligungen
Drs. 17/3978, 17/5132 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Α

 Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Judith Gerlach u.a. CSU Konkretisierung der zuschussfähigen Kosten für Kinderhospize Drs. 17/4201, 17/5093 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sanierung der Philharmonie oder eigener Konzertsaal? Drs. 17/4203, 17/4985 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Kinderbetreuungskosten während des G7-Gipfels bei Urlaubssperren Drs. 17/4315, 17/5086 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Ablagerung von Bauschutt im Bergwald bei Schliersee Drs. 17/4318, 17/5127 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Harald Güller u.a. SPD Verhandlungen über Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit Beteiligung der Parlamente der Länder Drs. 17/4320, 17/4994 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Hofabgabeklausel reformieren-Benachteiligungen für Landwirtinnen und Landwirte endlich beseitigen Drs. 17/4350, 17/5131 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Reisprodukte sicherer machen Drs. 17/4398, 17/5129 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath, Joachim Unterländer u.a. CSU Probleme in der Pflege beheben – Best-Practice-Beispiele für die Entbürokratisierung der Pflegedokumentation darstellen Drs. 17/4399, 17/5094 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Robert Brannekämper u.a. CSU Barrierefreiheit für Menschen mit Hörbehinderung – Ausstattung von Veranstaltungsräumen mit Induktionsanlagen Drs. 17/4432, 17/4986 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Gebietsbetreuung fortführen Drs. 17/4443, 17/5130 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU) Verbesserung der Studienerfolgsquote Drs. 17/4478, 17/4987 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			1Z 1E

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, der Abstimmung das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen.